

Dr. Wilhelm Krull/ Dr. Thomas Brunotte

Die Empfehlungen des Hightech-Forums zum Agenda-Setting in der Forschungsförderung

Erstmals beraten im Hightech-Forum¹ neben Vertreter(inne)n aus Wissenschaft und Wirtschaft auch Persönlichkeiten aus der Zivilgesellschaft die Bundesregierung bei der Weiterentwicklung der aktuellen Hightech-Strategie und damit der deutschen Forschungs- und Innovationspolitik. In allen acht themenspezifischen Arbeitsgruppen, den sogenannten Fachforen, sind diese drei Gruppen nahezu gleichmäßig vertreten und diskutieren die Themen aus ihren jeweiligen unterschiedlichen Perspektiven und Blickwinkeln. Gemeinsam benennen sie Handlungsnotwendigkeiten, beschreiben Forschungs- und Förderbedarfe und erarbeiten neue Instrumente der Forschungs- und Innovationspolitik.

Eines der acht Fachforen widmet sich dem Thema „Partizipation und Transparenz“. Als Querschnittsthema, das auf alle Arbeitsfelder des Hightech-Forums ausstrahlen soll, kommt ihm innerhalb des Hightech-Forums eine besondere Bedeutung zu. Dem liegt die Überzeugung zugrunde, dass Innovation ein gesellschaftlicher Prozess ist, der nicht allein aus der Wissenschaft oder Wirtschaft heraus entwickelt wird, sondern nur gemeinsam mit der Gesellschaft nachhaltig und wirkungsvoll gestaltet werden kann. Technische, ökonomische, soziale und ökologische Neuerungen können sich nur dann durchsetzen, wenn auch die Gesellschaft dafür offen ist – am besten noch, wenn diese von vornherein mitgestalten kann.

Doch es liegt nicht auf der Hand, wo genau solche Möglichkeiten zur Beteiligung in nicht selten hochkomplexen Prozessen bestehen, die überwiegend von Expert(inn)en getragen werden. Auch die Frage, wie solche Beteiligungsmöglichkeiten eingeräumt, durchgeführt und fruchtbar umgesetzt werden können, ist nicht leicht zu entscheiden. Hier bedarf es einiger Abwägungen, die die Autoren dieses Beitrags in den folgenden acht Thesen diskutieren möchten.²

1. *Angesichts einer wachsenden Elitenskepsis, nicht nur gegenüber Führungskräften in Wirtschaft und Politik, sondern auch gegenüber Wissenschaftler(inne)n („postfakti-*

¹ Vgl. <http://www.hightech-forum.de/>, zuletzt gesehen am 15. Februar 2017.

² Der Beitrag ist eine erweiterte Version des am 23. März 2017 im Rahmen des BBE-Workshops „Partizipation im Agenda-Setting von Forschungs- und Innovationspolitik“ gehaltenen Kurzvortrags von Wilhelm Krull, Sprecher des Fachforums „Partizipation und Transparenz“ im Hightech-Forum. Die Autoren sind den weiteren Mitgliedern dieses Fachforums, Prof. Dr. Angela Friederici, Dr. Ansgar Klein und Christian Vollmann, für intensive Diskussionen zum Thema zu großem Dank verpflichtet.

ches Zeitalter“), ist es an der Zeit, neue Formen der Beteiligung von Bürger(inne)n zu etablieren, die Zivilgesellschaft zu aktivieren und Vertrauen zurückzugewinnen.

Gerade in wissensbasierten Gesellschaften ist es – nicht nur für die Wissenschaft selbst – von größter Bedeutung, dass ein hohes Maß an gesellschaftlichem Vertrauen in die Wissenschaft besteht. Wenn aber empirisch belegte Fakten weggewischt oder sogenannte „alternative Fakten“ herangezogen werden, um sie in Misskredit zu bringen, wenn wissenschaftliche Expertise und Bildung als verächtlich gelten oder gesellschaftliche Debatten nur noch auf emotionaler Ebene geführt werden, dann steckt die Wissenschaft in einer massiven Vertrauenskrise. Die zahlreichen Plagiatsskandale – aber auch die Tatsache, dass ein Großteil der lebenswissenschaftlichen Studien nicht reproduzierbar ist³ – verstärken diesen Effekt. Daher liegt es im Eigeninteresse der Wissenschaft, dieses Vertrauen zurückzugewinnen. Dabei kann es ein Mittel der Wahl sein, neue Formen der Beteiligung für Bürger(innen) zu etablieren, die nicht nur das Interesse an Wissenschaft verstärken, sondern auch gegenseitiges Verständnis und Vertrauen aufbauen und Wissenschaft und Gesellschaft stärker zusammenführen, um Herausforderungen und Zukunftsfragen gemeinsam anzugehen. Entscheidend dabei ist, dass es Bürger(inne)n gelingt, ihre Fragen, Anliegen und Wünsche erfolgreich in die Wissenschaft hineinzutragen. Hierbei muss vermieden werden, dass sich die Wissenschaft auf einen Elitendiskurs unter Expert(inn)en zurückzieht, der immer weniger mit dem zu tun hat, was die Gesellschaft wirklich bewegt. Eine aufgeklärte und demokratische Gesellschaft, die sich aktiv an der gemeinsamen Bewältigung von Zukunftsaufgaben beteiligt, bleibt in höchstem Maße im Eigeninteresse der Wissenschaft, kann sie sich in einer solchen Gesellschaft doch am besten entfalten. Daher sollte sie sich auch in geeigneter Form am Aufbau und an der Weiterentwicklung einer solchen Gesellschaft beteiligen und sich für Kommunikations- und Beteiligungsformate offen zeigen.

2. Partizipation unterliegt einer wichtigen Rahmenbedingung: In der repräsentativen Demokratie bleiben das gewählte Parlament und die Exekutive die legitimen Entscheidungsinstanzen. Letztlich dient Partizipation dem Ziel, die Basis für weitreichende, die Gesellschaft insgesamt betreffende Richtungsentscheidungen zu verbreitern. Partizipation sollte daher primär konsultativen Charakter haben.

Wenn im Folgenden von Partizipation gesprochen wird, so ist damit nicht gemeint, dass bestehende Entscheidungsinstanzen durch partizipative Formen erweitert oder gar ersetzt werden sollen. In einer repräsentativen Demokratie sind und bleiben die gewählten Volksvertreter(innen) im Parlament und die Exekutive die legitimen Entscheidungsinstanzen. Partizipation kann aber sinnvoll sein, um die Entscheidungsbasis zu erweitern, zusätzliche Expertise einzuholen und sich von der Einflussnahme durch Lobbyisten zu emanzipieren. Partizipation sollte daher in erster Linie dazu dienen, den Beratungshorizont für Entscheidungen zu erweitern und diejenigen miteinzubeziehen, die es am meisten betrifft. Offene und trans-

³ Vgl. The Economist, How Science Goes Wrong, 21. Oktober 2013.

parente Beteiligungsstrukturen können dabei helfen, darzulegen, wer, mit welchem Interesse, was in den Entscheidungsprozess eingebracht hat. Dabei können die Stimmen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gleichermaßen in den Beratungsprozess mit einfließen. Schließlich gibt es auch in der Zivilgesellschaft einen großen Wissens- und Expertenpool, der für die Gestaltung einer gemeinsamen Forschungs- und Innovationspolitik genutzt werden kann und nicht unberücksichtigt bleiben sollte. Dieses enorme Potential kann produktiv für einen konstruktiven Konsultationsprozess genutzt werden.

- 3. Partizipation ist kein Selbstzweck: Sie ist nur dort sinnvoll, wo tatsächlich auch offene Fragen erörtert werden können oder die Beteiligung weiterer Akteure einen produktiven Mehrwert verspricht. Insbesondere im Forschungs- und Innovationsbereich müssen zu ihrem Gelingen Wissensasymmetrien berücksichtigt oder – besser noch – überbrückt werden.*

Der Ruf nach mehr Transparenz und Partizipation ist derzeit allgegenwärtig. Verstärkt wird er durch populistische Kritik – aus dem linken wie auch dem rechten politischen Lager – an geschlossenen und etablierten Strukturen, die nicht selten als „die da oben“ oder „Establishment“ abgetan werden. Gerade deshalb lohnt es sich, genauer hinzuschauen: Partizipation sollte nicht um ihrer selbst willen ermöglicht und eingeräumt werden. Vielmehr ist es insbesondere im Forschungs- und Innovationsbereich sinnvoll, genauer auf die Möglichkeiten und Grenzen von Partizipation zu schauen.

Hier stößt man zunächst auf die zwangsläufig immer bestehenden Wissensasymmetrien zwischen den Wissenschaftler(inne)n einerseits, die oft über einen kaum überbrückbaren Wissensvorsprung verfügen, und der zu beteiligenden Zivilgesellschaft andererseits, in der die nötigen Fachkenntnisse (noch) nicht vorhanden sein können. Zwar verfügen manche Verbände und Organisationen auch selbst über bedeutende Expertise und Fachkenntnisse; je breiter die Beteiligung jedoch angelegt werden soll, desto mehr müssen Wissensasymmetrien berücksichtigt und überbrückt werden. Je besser dies gelingt, desto erfolgreicher wird der Beteiligungsprozess sein. Daraus ergibt sich insbesondere eine Aufgabe für die Wissenschaftskommunikation. Künftig wird es immer wichtiger für Wissenschaftler(innen) werden, dass sie selbst auch zu Akteuren der Wissenschaftskommunikation werden, also lernen, mit einem eher wissenschaftsfremden Publikum selbst zu kommunizieren. Diese Form der authentischen Kommunikation aus erster Hand ist nicht nur am besten geeignet, das nötige Vertrauen in die Wissenschaft (zurück) zu gewinnen, sondern darüber hinaus auch eine wichtige Möglichkeit für die Zivilgesellschaft, mit ihren Fragen und Wünschen direkt auf die Wissenschaft zugehen zu können. Darüber hinaus bedarf es noch einer nachhaltigen Stärkung des Wissenschaftsjournalismus, der viel zu oft auf Unterhaltungsthemen reduziert oder gar ganz aus den Medien verschwindet. Nur ein unabhängiger und nachhaltig finanzierter Qualitätsjournalismus wird in der Lage sein, als angemessener Mittler zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu agieren und dabei auch eine kritische Funktion als Korrektiv gegenüber der Wissenschaft wahrzunehmen.

Viel entscheidender ist es jedoch, von vornherein sorgfältig darauf zu achten, dass Partizipation nur dort eingeräumt wird, wo es auch wirklich um offene Fragen geht, die gemeinsam beraten werden können und wo deren gemeinsame Beantwortung auch einen produktiven Mehrwert verspricht. Im Vorhinein gilt es also zu entscheiden, wo genau die Grundlage für einen echten Partizipationsprozess gegeben ist und welche Teilbereiche des Forschungs- und Innovationsprozesses sich überhaupt für Partizipation eignen. Hier gilt es zu differenzieren. Neben dem Forschungsprozess gibt es noch den Prozess der Forschungsplanung sowie die Erschließung von Transfer- und Anwendungskontexten.

Wegen der stetig wachsenden Komplexität des Forschungsprozesses, bei dem es um die Generierung grundlegend neuer Erkenntnisse geht, kann der Forschungsprozess selbst nicht der primäre Ort für Partizipation sein. Geht es doch hier um einen hochspezialisierten Fachdiskurs, der zumeist auf wenige Expert(inn)en beschränkt ist.

4. *Die Grundlagenforschung ist die Voraussetzung für die Entwicklung und Erschließung neuer Transfer- und Anwendungskontexte. Die Suche nach grundlegend neuen Erkenntnissen bleibt Sache der dafür ausgebildeten Wissenschaftler(innen). Darüber hinaus sind diese frei, ihre Gegenstände, Methoden und Lösungsansätze selbst zu wählen. Es gilt die Wissenschaftsfreiheit.*

Wissenschaft und Forschung stehen unter dem Schutz des Grundgesetzes, das die Wissenschaftsfreiheit garantiert. Dies bedeutet auch, dass Forscher(innen) selbst entscheiden können, welchen Gegenständen sie sich zuwenden, welche Methoden sie wählen oder für welche Lösungswege sie sich entscheiden. Diese Freiheit ist Voraussetzung für die Suche nach grundlegend neuen Erkenntnissen. Selbstverständlich gibt es sinnvolle Ansätze, auch den Forschungsprozess selbst partizipativ zu gestalten, etwa in den Bürgerwissenschaften („Citizen Science“). Es ist jedoch wichtig einzusehen, dass die Grundlagenforschung weder ökonomischen, ökologischen noch sozialen Nützlichkeitsersparungen unterworfen werden kann. Erst auf der Basis erster gesicherter Erkenntnisse aus der offenen und zweckfreien Grundlagenforschung können Transfer- und Anwendungsperspektiven ausgelotet und entwickelt werden. Dann erst lassen sich Möglichkeiten der Überführung in marktfähige Produkte und Dienstleistungen erschließen oder sozialen Innovationen der Weg bereiten.

Für die Nachhaltigkeit eines Innovationssystems wird es daher entscheidend sein, der Grundlagenforschung die Freiheiten einzuräumen, die sie braucht, und sie in ihr angemessenen Strukturen zu fördern. Mitunter gehören dazu auch deutlich längere Zeithorizonte sowie die im Voraus mitbedachte Möglichkeit, dass ein ins Offene angelegter Forschungsprozess nicht nur Erfolge zeitigen wird, sondern die Möglichkeit des Scheiterns immer zum Erkenntnisprozess mit dazugehört. Hier kommt es darauf an, risikoreicheren und gewagten Ideen und Ansätzen eine Chance zu geben, wenn man erreichen möchte, dass auch künftig originelle Ideen, Durchbrüche und disruptive Innovationen entstehen können. Dazu muss man

bereit sein, von unmittelbaren Nutzen- und Anwendungsperspektiven abzusehen – auch im sozialen oder ökologischen Bereich („Nachhaltige Wissenschaft“).⁴ Selbstverständlich ist die Bewältigung der großen Zukunftsherausforderungen wie Klimawandel, Energie- und Lebensmittelversorgung sowie globale Sicherheit eine gewaltige Aufgabe, die das Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte erfordert. So vernünftig es ist, auch die Grundlagenforschung in die Bewältigung dieser Zukunftsaufgaben einzubeziehen, so wichtig ist es, sich deutlich zu machen, dass sie diesen Nutzenerwartungen nicht unterworfen werden kann, wenn sie die Quelle für völlig Neues – und somit auch für neue Lösungsansätze – bleiben soll.

In einem immer weiter zusammenwachsenden, vernetzten und digitalisierten Wissenschafts- und Innovationsraum werden die klassischen Innovationsketten zunehmend von Innovationsnetzwerken abgelöst werden, in denen Hochschulen, Unternehmen und zivilgesellschaftliche Akteure immer besser kollaborieren. Dass die Akteure weiter zusammenwachsen und noch besser als bisher miteinander kommunizieren und zusammenarbeiten können, ist dabei für den Innovationsprozess sicherlich von Vorteil. Dabei die neuen digitalen Möglichkeiten zu Vernetzung und Zusammenarbeit klug und effizient zu nutzen, wird eine wichtige Gestaltungsaufgabe sein. Doch gerade in diesen Konstellationen ist es besonders wichtig, daran zu erinnern, dass die Grundlagenforschung jenseits solcher Netzwerke auch eigene geschützte Räume und eine entsprechende Förderung braucht, um ihre grundlegende Innovationskraft und Originalität dauerhaft behalten zu können.

5. Partizipation ist vor allem im forschungs- und innovationspolitischen Agenda-Setting-Prozess sinnvoll, wenn es also um das Aushandeln der groß angelegten Förderprogramme für die angewandte Forschung gehen soll. In erster Linie bieten sich hier Themen der staatlichen Vorsorge (Digitalisierung, Gesundheit, BioÖkonomie, Energie) für partizipative Agenda-Setting-Prozesse an. Dies gilt auch für die Aushandlung von ethischen Rahmenbedingungen für die Forschung.

Vor dem Hintergrund der besonderen Bedeutung der Grundlagenforschung für den Innovationsprozess bieten sich somit Möglichkeiten der Beteiligung primär im forschungs- und innovationspolitischen Agenda-Setting-Prozess an, also im Prozess der Forschungsplanung, insbesondere dann, wenn Programme zu Themen der staatlichen Vorsorge angestoßen, konzipiert, ausgehandelt und umgesetzt werden sollen. Hierbei geht es um anwendungsbezogene Forschung auf Themenfeldern, die die Gesellschaft und das Zusammenleben direkt betreffen. Ein Beispiel können hier die Programme und Themenbereiche der Helmholtz-Gemeinschaft sein.⁵ Insofern erscheint es auch ratsam, gerade hier Vertreter(innen) der Zi-

⁴ Vgl. Strohschneider, P. (2014) „Zur Politik der Transformativen Wissenschaft“, in: A. Brodocz, D. Herrmann, R. Schmidt, D. Schulz, J. Schulze Wessel (Hrsg.), Die Verfassung des Politischen. Festschrift für Hans Vorländer, Wiesbaden: Springer.

⁵ Hierzu der erste Satz des Mission-Statement der Helmholtz-Gemeinschaft: „Wir leisten Beiträge zur Lösung großer und drängender Fragen von Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft durch strategisch-

vilgesellschaft, Organisationen, Vereine, Verbände, aber auch Bürger(innen) mit einem besonderen Interesse an den fraglichen Themen, in die Planung und Konzeption einzubeziehen.

Ist die Partizipation auf der Ebene der Forschungsplanung angesiedelt, stellt sie auch keinen unzulässigen Einfluss auf die grundsätzliche Freiheit der Wissenschaft dar. Wichtig ist es jedoch darauf zu achten, dass es neben der Förderung von partizipativ ausgehandelten Forschungs- und Innovationsagenden auch eine ausreichende und angemessene Förderung für die Grundlagenforschung gibt. Darauf muss auch in Zeiten knapper Kassen geachtet werden – auch dann, wenn die Bewältigung von Zukunftsherausforderungen dazu zwingt, die Kräfte zu bündeln und sich auf ausgewählte Ziele zu fokussieren. Die praxisnahe Wissenschaft vieltimmiger zu steuern (Schneidewind) ist das eine, die besondere Bedeutung der Grundlagenforschung dabei zu wahren (Stock), das andere.⁶ Beide Anliegen haben auch in Zeiten großer Herausforderungen und knapper Kassen ihre Berechtigung.

6. *Partizipation sollte vorausschauend gestaltet werden. Wer im Nachhinein Akzeptanz für bereits getroffene Weichenstellungen schaffen möchte, ist zwar an weiterer Legitimation des eigenen Handelns, nicht aber an Partizipation interessiert. Auch deswegen ist die frühzeitige Fokussierung auf den Agenda-Setting-Prozess sinnvoll.*

Damit ein solcher Partizipationsprozess erfolgreich sein kann, ist es wichtig, ihn vorausschauend, präventiv und proaktiv anzulegen. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft sollte dabei von Anfang an mitgedacht werden. Insbesondere digitale Partizipationsformate bieten die Möglichkeit, auch diejenigen einzubeziehen, denen die Teilnahme an Präsenztreffen aus Kosten- oder Zeitgründen nicht möglich sind. Ratsam erscheint es aber auch, einen solchen Prozess von Anfang an zu moderieren oder durch eine Steuerungsgruppe anleiten zu lassen. Mitunter ist es lohnenswert, gezielt mögliche Stakeholder zur Beteiligung einzuladen. Die Auswahl der Akteure sollte dabei nach sach- und argumentationslogischen Gesichtspunkten erfolgen, also zusätzliche Fachkompetenz zum Thema einbinden und eine lebendige Diskussion aus verschiedenen Perspektiven ermöglichen. Dabei sollten Kontroversen möglichst zu Beginn ausgetragen und generell auch kritischen Stimmen ausreichend Raum gegeben werden.

Wenn im Nachhinein versucht werden muss, durch Partizipation Akzeptanz für bereits beschrittene Wege zu beschaffen, ist es bereits zu spät. Partizipation ist kein Steuerungsinstrument für nachgelagertes Akzeptanzmanagement – auch wenn man natürlich mit einem früh initiierten und sorgsam durchgeführten Partizipationsprozess darauf hoffen kann, dass die Ergebnisse ein entsprechend höheres Maß an Akzeptanz finden. Hierbei ist es wichtig,

programmatisch ausgerichtete Spitzenforschung in den Bereichen Energie, Erde und Umwelt, Gesundheit, Luftfahrt, Raumfahrt und Verkehr, Materie sowie Schlüsseltechnologien.“

Quelle: https://www.helmholtz.de/ueber_uns/die_gemeinschaft/mission/, zuletzt gesehen am 16. Februar 2017.

⁶ Vgl. die sogenannte „Stock-Schneidewind-Debatte“: Die Zeit, Nr. 39, 18. September 2014.

die Wege bis hin zur Entscheidungsfindung und die dabei einzuhaltenden Spielregeln genau festzulegen und sich an diese Vorgaben auch zu halten. Während des Partizipationsverfahrens, das möglichst von einem neutralen Dritten moderiert werden sollte, können die Regeln nicht mehr geändert werden. Wichtig dabei ist, auch allen Beteiligten ein Feedback zu geben, also aufzuzeigen, wo und wie – oder wie auch nicht – die eingebrachten Vorschläge berücksichtigt worden sind.

7. *Partizipation lebt von einem klaren Erwartungs- und Rollenmanagement. Allen Beteiligten sollte es nicht vorrangig darum gehen, Positionen durchzusetzen, sondern Handlungsoptionen für darauf aufbauende Entscheidungen aufzuzeigen, abzuwägen und zu priorisieren.*

Selbstverständlich wecken die Möglichkeit und die Einladung, sich zu beteiligen, bei den betroffenen Personen auch die Erwartung, die Entscheidung mitgestalten oder zumindest beeinflussen zu können. Vor dem Hintergrund der hier vorgeschlagenen klaren Trennung zwischen Konsultations- und Entscheidungsebene (vgl. These 2) ist es daher notwendig, von Anfang an auch ein klares Erwartungs- und Rollenmanagement zu betreiben. Primäres Ziel eines Partizipationsprozesses ist die Verbreiterung der Entscheidungsbasis auf der konsultativen Ebene, also vor der Entscheidung, nicht die Entscheidung selbst. Daher sollte es in einem Partizipationsprozess nicht so sehr darum gehen, Positionen durchzusetzen. Sinnvoller ist es, den Partizipationsprozess darauf auszurichten, den Entscheidungsträger(inne)n Handlungsoptionen aufzuzeigen, diese abzuwägen und zu priorisieren.

In einer sich im raschen und unaufhörlichen Wandel befindlichen Welt, deren Verlauf zunehmend von unvorhergesehenen Ereignissen geprägt ist, kann es durchaus sein, dass eine einmal auf den Weg gebrachte Agenda auch wieder geändert werden oder einen vorher identifizierten und beschriebenen alternativen Weg einschlagen muss. Sich auf solche Entwicklungen vorzubereiten, kann auch das Ziel eines konsultativ angelegten Partizipationsprozesses sein. Daher kommt der Diskussion von alternativen Szenarien, möglichen anderen Optionen oder zweiten Lösungswegen auch dann eine wichtige Bedeutung zu, wenn sie zunächst nicht in den Fahrplan der ausverhandelten Agenda übernommen werden können. Auch dies sollte den Teilnehmenden zu Beginn des Prozesses verdeutlicht werden.

8. *Partizipation sollte Teil eines lernenden Systems sein, das nicht nur den Erfolg von Beteiligungsformaten evaluiert, sondern auch die bereits eingeschlagenen Wege regelmäßig kritisch hinterfragt und zur Neuausrichtung bereit ist.*

Abschließend bleibt festzuhalten, dass alle partizipativ aufgelegten Forschungs- und Innovationsagenden auch selbst einer regelmäßigen Evaluation unterworfen werden sollen, bei der geprüft wird, welche positiven und möglicherweise auch nachteiligen Effekte die Partizipation auf die Entwicklung und den Verlauf der Agenda gehabt hat. Ziel sollte es dabei sein, für die Ausgestaltung künftiger Partizipationsprozesse dazulernen und die bereits eingeschlagenen Wege kritisch zu hinterfragen und Nejustierungen zu ermöglichen. Von Anfang an sollte daran gedacht werden, ein lernendes System aufzubauen.

Insgesamt wird ein solches auf vielen Perspektiven und Expertisen aufbauendes System, das darüber hinaus auch bereit ist, sich selbst auf den Prüfstein zu stellen und kritisch zu hinterfragen, einem auf wenige Entscheidungsträger begrenzten – und womöglich durch einige wenige Einflussgruppen gesteuertem – Beratungs- und Entscheidungsverfahren deutlich überlegen sein. Letztlich wird es so auch besser gelingen, der Vielschichtigkeit der Zukunftsherausforderungen gerecht zu werden und mit der nötigen Flexibilität auf neue und unerwartete Herausforderungen schnell und angemessen reagieren zu können. Wenn darüber hinaus auch der Beteiligungsprozess selbst immer wieder neu evaluiert wird, wird es gelingen, diesen nachhaltig zu gestalten und den Einfluss von mächtigen Lobby- und Interessengruppen, der bisherige Entscheidungsprozesse bisweilen in Misskredit gebracht hat, nicht nur einzugrenzen, sondern im Zusammenspiel der Perspektiven deutlich zu relativieren. Der Weiterentwicklung von Wissenschaft, Technologie und Innovation wird es sicher gut tun, wenn neben den üblichen Industrie- und Wirtschaftsvertreter(inne)n künftig auch verstärkt zivilgesellschaftliche Organisationen, (Umwelt-)verbände, Vereine oder NGOs am Beratungsprozess in der Forschungsplanung beteiligt sein werden.

Autoren

***Dr. Wilhelm Krull** ist Generalsekretär der VolkswagenStiftung und Sprecher des Fachforums „Partizipation und Transparenz“ im Hightech-Forum.*

Kontakt: krull@volkswagenstiftung.de

***Dr. Thomas Brunotte** ist Referent des Generalsekretärs bei der VolkswagenStiftung.*

Kontakt: brunotte@volkswagenstiftung.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de